

„Schwimmen lernt man nur im Wasser“: Die Stadt Wiesbaden stellt sich international auf

Die Stadt Wiesbaden befasste sich bereits vor Verabschiedung der EU-Jugendstrategie mit der Europäisierung und Internationalisierung ihrer kommunalen Jugendarbeit. Dafür schaffte die Stadt nicht nur politische Rückendeckung, sondern auch eine dauerhafte Finanzierung. Die Stadt zählt zu den Vorreitern und Modellkommunen in Sache Europäisierung.

JUGEND für Europa führte ein Gespräch mit Hildegunde Rech, Leitung Abteilung Jugendarbeit im Amt für Soziale Arbeit zur Europäisierung der Jugendarbeit in Wiesbaden. Dabei wurde der Mehrwert einer internationalen Öffnung erörtert und Empfehlungen an die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa formuliert.

Was hat Wiesbaden zur Europäischen und Internationalen Jugendarbeit geführt?

In den 1990er Jahren gab es auf europäischer Ebene diverse Entwicklungen, die Europa besonders geprägt haben. Es wurden neue Verträge zwischen den Mitgliedstaaten geschlossen, darunter auch den Vertrag von Maastricht, der die Unionsbürgerschaft einführte und damit den europäischen Bürgern ein unbegrenztes Reise- und Aufenthaltsrecht in der EU gewährte. Aus unserer Sicht sollte dies besonders Einfluss auf das Leben der zukünftigen Generationen haben, insbesondere was die Anforderungen an die Mobilität junger Menschen betraf. Uns war auch klar, dass sich hierdurch die Berufswelt ändern würde. Die aktuellen Umstände geben uns recht: Es wird von den jungen Menschen erwartet, dass sie mobil sind, mehrere Sprachen sprechen und dass sie sich in einem interkulturellen Umfeld mühelos bewegen können.

Welchen Beitrag liefert aus Ihrer Sicht Jugendarbeit mit Blick auf diesen Anforderungen?

Es ist auch Aufgabe der Jugendarbeit junge Menschen zu befähigen, die für Ihre Zukunft nötigen Kompetenzen zu erwerben und zu stärken. Methoden der Jugendarbeit erzielen in dieser Hinsicht besondere Ergebnisse: Nichts ist stärker als die eigene Erfahrung und das eigene Erlebnis, vor allem gilt dies natürlich für junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf. Jugendbegegnungen oder pädagogisch begleitende Jugendreisen haben da eine ganz große Wirkung.

Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen um „Mehr Europa in die kommunale Jugendarbeit“ zu bringen?

In erster Linie ging es darum die Zielgruppe, d.h. junge Menschen und ihre Eltern, über bestehende Angebote zu informieren. Hierfür wurde die Messe „Hessen Total International“ ins Leben gerufen, eine Kooperation der Kommunalen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der freien Jugendarbeit, in Hessen in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration Allerdings verfolgten wir mit der Veranstaltung zunächst die Absicht jungen Menschen mit erhöhtem Förderbedarf anzusprechen, mussten jedoch schnell feststellen, dass es dafür eine andere Art der Ansprache und der Kontaktaufnahme bedarf um diese Zielgruppen zu erreichen. Es war sozusagen ein Learning by doing.

Darüber hinaus wollten wir natürlich die Fachkräfte und die Jugendarbeit insgesamt stärken und europäisch ausrichten. Hierfür organisiert das Organisationsteam regelmäßig Fachtagungen, zu denen Fachkräfte aus ganz Hessen eingeladen werden. Die nächste Tagung wird sich mit der Frage der politischen Dimension von Jugendarbeit beschäftigen – ein Thema, was nicht nur in Hessen, sondern auch in ganz Deutschland und Europa viele Fachkräfte beschäftigt.

Gestartet sind wir mit den kommunalen Jugendzentren in Wiesbaden. Inzwischen haben alle sieben Einrichtungen internationale Partner, mit denen Austausche stattfinden

In Wiesbaden haben Sie einen Schwerpunkt auf die Erreichung und Beteiligung von jungen Menschen mit geringeren Chancen gesetzt. Dies ist auch ein ausgesprochenes Ziel der EU-Jugendstrategie und ihrer Umsetzung in Deutschland gewesen. Welche besonderen Maßnahmen haben Sie hierfür getroffen?

In Wiesbaden sollen alle Jugendlichen die Möglichkeit haben internationale Erfahrungen machen zu können, unabhängig persönlicher Voraussetzungen. Um das sicherzustellen fokussieren wir uns auf die Jugendlichen, die mit den bisherigen Formaten nicht erreicht wurden. Das Zauberwort heißt „Beziehung“. Offene Ausschreibungen kommen bei dieser Zielgruppe nicht an. Einige wissen vielleicht davon, fühlen sich aber nicht angesprochen oder gar berechtigt teilzunehmen. Wir haben also über die Jahre ein Netzwerk von Multiplikatoren aufgebaut, das wir immer weiter qualifizieren und das ein Bindeglied zu den jungen Menschen bildet. Wir sind auch dabei ein Peer-Netzwerk aufzubauen, denn junge Menschen, die selber eine internationale Mobilitätserfahrung gemacht haben, sind die besten Botschafter. Hierfür müssen sie aber zunächst qualifiziert werden, bzw. geeignetes Handwerkzeug bekommen um z.B. präsentieren zu können.

Außerdem haben wir Geld in die Hand genommen. Die Förderinstrumente, darunter Erasmus+ JUGEND IN AKTION, decken nicht alle Kosten eines Projektes ab. Wir bieten also Zuschüsse an für Träger und Organisationen, mit denen wir die europäischen Förderungen ergänzen, damit Jugendliche mit geringeren Chancen beteiligt werden können. Die Stadt Wiesbaden setzt sich zum Ziel, jedes Jahr für 10% junger Menschen mit geringeren Chancen eine grenzüberschreitende Mobilitätsmaßnahme zu ermöglichen.

Was erwarten Sie von der zukünftigen EU-Jugendstrategie und ihrer Umsetzung?

Wir haben in Wiesbaden nicht auf die EU-Jugendstrategie gewartet um aktiv zu werden, dennoch würden wir es begrüßen, wenn die EU-Jugendstrategie die Bedürfnisse von Gemeinden und Kommunen stärker in den Blick nehmen würde. Junge Menschen leben in Kommunen, für deren Wohlergehen sind meistens die Kommunen und die kommunale Jugendarbeit zuständig. Europa sollte es mit der Dezentralisierung also ernst meinen und nicht nur Aufgaben verteilen, sondern auch Finanzierungsmöglichkeiten bieten. Wir würden uns eine Finanzierung wünschen, die nicht nur auf das Antragswesen, sondern auch auf Schlüsselzuweisungen für größere Planungssicherheit beruht. Vor allem in der Arbeit mit benachteiligten Menschen ist diese Planungssicherheit wichtig. Es geht nicht, dass man sie für die Konzeption eines Projektes gewinnt und ihnen dann sagen muss, dass das Projekt nicht stattfinden wird, weil die Förderung abgelehnt wurde.

Außerdem sollte es einen vermehrten und vor allem direkteren Dialog mit den Akteuren auf der kommunalen Ebene geben, denn einige EU-Prozesse könnte man ja auch von unten ansetzen...